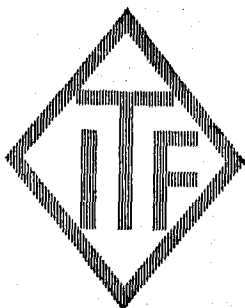


# FASCHISMUS

4. Jahrgang  
No. 14

Amsterdam, den 11. Juli 1936  
Vondelstr. 61



BERICHTE UND DOKUMENTE ZUR LAGE DER ARBEITERSCHAFT  
UNTER FASCHISTISCHER DIKTATUR.

Erscheint zweiwöchentlich in deutscher, englischer, französischer, schwedischer, spanischer und holländischer Sprache. Der Bezugspreis beträgt hfl. 4.— im Jahr bei franko Zustellung durch die Post in Umschlag. Für Arbeiterorganisationen stellt sich der Bezugspreis, ebenfalls bei kostenfreier Zustellung durch die Post, auf fl. 2,60 im Jahr.

## Rechtsbruch in Danzig. Genf trägt die Verantwortung.

(I.T.F.) Das Danziger Obergericht hat<sup>1</sup>  
(am 14. Mai) den Raub des Vermögens  
der freien Gewerkschaften durch die

Nationalsozialisten unter Bruch der Verfassung für rechtens erklärt. Es hat mit diesem Verfassungsbruch der Danziger Arbeitsfront das Geständnis erspart, dass sie das vor drei Jahren gestohlene Gut längst vergeudet hat.

Die erst jetzt im Wortlaut vorliegende Urteilsbegründung zeigt, dass sich das höchste Danziger Gericht bewusst über die eindeutigen Bestimmungen der von den Völkerbundsmächten garantierten Danziger Verfassung hinwegsetzte. Ja, das Obergericht begnügte sich nicht damit, unter Verletzung der elementarsten Grundsätze des internationalen Privatrechts den Raub des Gewerkschaftsvermögens zu sanktionieren, es versuchte darüber hinaus, die "rechtlichen" Handhaben für die Beseitigung der durch die Danziger Verfassung garantierten Koalitionsfreiheit zu schaffen und im Voraus Gleichschaltung und erneute Beschlagnahme des Vermögens der Danziger Gewerkschaften zu legalisieren.

Die Danziger Verfassung legt fest: "Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Alle Abreden und Massnahmen, welche diese Freiheit einzuschränken oder zu behindern suchen, sind rechtswidrig" (Artikel 113). Den Danziger Arbeitern ist damit auch das Recht garantiert, in eigenen Organisationen in Freiheit Beschlüsse "zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen" zu fassen, ihre Koalitionen dürfen durch keine Massnahmen Aussenstehender beschränkt werden. Jeder Eingriff in dieses Recht ist ein Bruch der von den Völkerbundsmächten garantierten Verfassung.

Das Danziger Obergericht aber billigte die Massnahmen der Berliner Nationalsozialisten, die "unter Ausschaltung aller sonstigen Vereinsorgane", die von den Gewerkschaftsmitgliedern gewählt worden waren, "Zweck und Struktur der Gewerkschaften grundlegend umgestaltet" haben. (P. 6 und 8 der Urteilsbegründung). Es behauptet: "Die veränderte Zielsetzung in Deutschland wirkte sich auch für Danzig dahin aus, dass ein

Recht der Danziger Gewerkschaften auf ein Eigenleben entgegen den (von den gelben Nationalsozialisten.Red.) veränderten Zielen der deutschen Verbände ebenso wenig anzuerkennen ist, wie ein Recht der Gewerkschaftsführer, auf ihre Faust innerhalb ihres kleinen Bereiches die alten Ziele mit den alten Mitteln weiter zu verfolgen" (p.16). Die Danziger Gewerkschaften hätten sich zu gelben Vereinen umstellen müssen, sie wären "verpflichtet (gewesen), im Sinne nicht mehr des Klassenkampfes, sondern des Arbeitsfriedens zu wirken... Das ist nicht geschehen"(p.13). Deshalb, erklärt das Obergericht, durfte das Vermögen der Danziger freien Gewerkschaften von den Nationalsozialisten gestohlen werden!

In jedem Kulturstaat gilt der Grundsatz des "ordre public"; ausländisches Recht, dessen Anwendung die Grundlagen des staatlichen oder wirtschaftlichen Lebens angreifen würde, wird nicht anerkannt. Für Danzig ist die Anwendung dieses Grundsatzes durch das Bürgerliche Gesetzbuch (Artikel 30) zwingend vorgeschrieben. Das Danziger Obergericht hätte feststellen müssen, dass die Koalitionsfreiheit durch die Danziger Verfassung garantiert ist, und infolgedessen jeder Gleichschaltungsversuch der gelben Nationalsozialisten ein offener Verfassungsbruch ist. Es hat statt dessen die Stirn zu erklären, dass auch in Danzig die Koalitionsfreiheit beseitigt, dass "Vorstands- und Mitgliedschaftsrechte...gelegentlich einer Neugestaltung (!) der gewerkschaftlichen Vereine entschädigungslos entzogen" werden können (p.21)! Es verteidigt den einen offenen Verfassungsbruch durch Propagieren eines weiteren!

Das Danziger Obergericht ist die höchste Instanz des Freistaats. Doch es untersteht der Oberaufsicht des Völkerbundes, der für die Einhaltung der Danziger Verfassung verantwortlich ist. Der Völkerbund trägt die volle Verantwortung für das, was in Danzig geschieht, er muss die erforderlichen Massnahmen treffen und die Koalitionsfreiheit in Danzig wiederherstellen und sichern!

#### Verschleppungsmanoeuver.

(I.T.F.) Am 7. Dezember 1935 hat der nationalsozialistische Polizeipräsident Danzigs den freigewerkschaftlichen "Allgemeinen Arbeiterverband" aufgelöst. Die Gewerkschaft hat sofort gegen diese Willkürmassnahme protestiert, doch erst am 24. Juni 1936 hat der Senat für Verwaltungssachen beim Danziger Obergericht zur Klage der Gewerkschaft gegen das Verbot Stellung genommen. Er verlangt, dass die freie Gewerkschaft beweisen soll, dass sie noch andere Aufgaben als --die Herausgabe einer Verbandszeitschrift habe!

Die nationalsozialistische Polizei, die das gesamte i m B ü r o der Gewerkschaft vorhandene Material beschlagnahmt hatte, hat sich, um der Gewerkschaft die Beweisführung zu erschweren, geweigert, den Gewerkschaftern Einsicht in das bei ihr befindliche Material zu gestatten und nur zugesagt, dem Senat des Obergerichts das "erforderliche" Material zur Einsicht zuzuleiten. Die Vertreter der Gewerkschaften verlangten, dass das innerhalb von 2 Wochen geschähe. Doch auf Einspruch der Nazipolizei sah das Gericht von der Setzung einer besonderen Frist ab. Es besteht also die Gefahr, dass die Verhandlung über Aufhebung des Verbots der Gewerkschaft erneut verschleppt wird und die freie Gewerkschaft weiter verboten bleibt.

#### Danzigs Gauleiter macht sich gesund.(I.T.F.)

Der Gauleiter der Danziger Nationalsozialisten, "der Führer aller deutschen Angestellten", Albert Forster, ist ein vielseitiger Mann. Er bezieht gleichzeitig als "Führer aller deutschen Angestellten" von der Arbeitsfront ein hohes Gehalt, als Parteisekretär der Danziger NSDAP eine beträchtliche Summe, 1000 RM monatlich von der Preussischen Staatskasse als Mitglied des "Staatsrats" der so gut wie nie tagt; und 600 RM monatlich als Mitglied des deutschen Reichstags, damit er zweimal im Jahr bei Hitlerreden auf Kommando "Heil" rufen kann. Wie hoch seine Bezüge von Arbeitsfront und NSDAP sind, ist leider nicht genau bekannt.. Auf jeden Fall aber kann der Pg.Forster den deutschen Angestellten beweisen, dass es i h m im Dritten Reich gut geht. Er hat sich in Wordel an der Ostsee eine hochfeudale Villa bauen lassen, in der er e i n e n Sommermonat zuzubringen pflegt. Für die anderen Sommermonate hat er sich in Oberbayern noch eine zweite Villa bauen lassen, und in den übrigen Monaten des Jahres wohnt er in Danzig -Oliva in einem vornehmen "Eigenheim".

Der Gauschulungsleiter der Danziger NSDAP hat 1934 in seiner Beschreibung des 32jährigen Heldenlebens Forsters berichtet, Forster sei 1930 aus Nürnberg "in einem schlechten blauen Anzug nach Danzig gekommen", sodass die Danziger Nazibürger sich entsetzt fragten: "Das soll unser Gauleiter sein?" Dem Mann mit dem schlechten blauen Anzug

ist geholfen worden. Er besitzt heute neben den 3 von ihm bewohnten Häusern allein in Danzig noch 2 grosse "wertbeständige" Mietshäuser, in denen insgesamt 21 Parteien ihm Miete zahlen, und bemüht sich, der Welt zu beweisen, dass im Dritten Reich "Eigennutz vor Gemeinnutz" geht.

Olympiade-Vorbereitungen.)  
Verhaftungen von Geiseln.)

(I.T.F.) Während der Dauer der Olympischen Spiele muss die nationalsozialistische Geheime Staatspolizei

einen Teil ihres Überwachungsapparats zur Bespitzelung der Olympiade-gäste einsetzen und ausserdem auf Wunsch des Propagandaministers nach Möglichkeit auf öffentlich sichtbaren Terror verzichten. Um aber zu verhüten, dass die deutsche Arbeiterschaft diese etwas grössere Bewegungsfreiheit ausnutzen kann, hat die Geheime Staatspolizei seit + Ende Mai zur Einschüchterung in den Betrieben einige Tausend ehemals als Gewerkschaftsfunktionäre tätiger Arbeiter und Angestellter als Geiseln verhaften lassen. Der Geheimen Staatspolizei ist zwar genau bekannt, dass die in früheren Jahren hervorgetretenen Gewerkschafter bewusst aus den Reihen der illegalen Betriebsorganisationen ferngehalten werden, aber sie hofft, durch diese willkürlichen Massenverhaftungen die ihr unbekanntes illegal Tätigen einzuschüchtern.

Flüsterparole.

(I.T.F.) In einigen Bezirken hat die Gestapo zur Abschreckung eine Flüster-

parole durchgegeben: alle ehemaligen Funktionäre der Gewerkschaften wurden von der Geheimen Staatspolizei unter schärfere Beobachtung gestellt.

Gelber "Weltkongress"  
in Hamburg.

(I.T.F.) In der letzten Juliwoche findet in Hamburg ein von "Kraft durch Freude", dem Vergnügungsverein der

Deutschen Arbeitsfront, veranstalteter "Weltkongress für Freizeit und Erholung" statt. Aus dem faschistischen Italien wird zu diesem Kongress eine tausendköpfige Delegation erscheinen, aus der "christlichen Diktatur" Portugal kommt eine grössere Abordnung, aus einer Reihe anderer Länder sind Delegationen von Trachtenvereinen und bürgerlichen Laienbühnen gemeldet, aber keine einzige freie Arbeiterorganisation wird auf diesem Hakenkreuzkongress vertreten sein.

Weltfremde Professoren, diensteifrige Beamte, reisefreudige Trachtenvereine und von Unternehmern gegängelte gelbe Organisationen sind auf diesem Kongress unter sich. Trotzdem aber ist es wichtig zu wissen, wer diesen Kongress veranstaltet, denn die vom Gelde des Grossbesitzes und dem des deutschen Propagandaministeriums abhängige Presse will diesen Kongress zur Propaganda für die Nationalsozialisten benutzen.

Braune Feierabendpolizei.

(I.T.F.) Die Organisation "Kraft durch Freude" wurde von den Nationalsozia-

listen am 27. November 1933 gegründet, am gleichen Tage, an dem die Deutsche Arbeitsfront öffentlich zugeben musste, dass sie keine Arbeiterinteressen vertreten, sondern nur noch Propaganda für die NSDAP machen dürfe. Der Vergnügungsverein "Kraft durch Freude" soll die Propaganda der Arbeitsfront unterstützen und vor allem Gegenpropaganda unmöglich machen. Auf der Gründungsversammlung hat Dr. Ley, der Leiter der Deutschen Arbeitsfront, das offen zugegeben: "Diese Organisation soll die Langeweile des Menschen bannen. Aus der Langeweile entspringen dumme, hetzerische, ja letzten Endes verbrecherische Ideen und Gedanken. Nichts ist für einen Staat gefährlicher als das". "Kraft durch Freude" versucht deshalb Feierabend, Weekend und Urlaub der Arbeiter zu kontrollieren. Und nichts ist bezeichnender für das enge Bündnis zwischen Unternehmern und Nationalsozialisten, als dass sie diese Kontrolle gemeinsam ausüben, dass das "Kulturamt", das den Feierabend der Arbeiter mit Vorträgen, verbilligten Theater- und Filmvorführungen ausfüllen soll, unter Oberleitung des Staatssekretärs Dr. Funk, des früheren Wirtschaftsredakteurs der schwerkapitalistischen "Berliner Börsenzeitung" steht, und dass das "Amt für Reisen, Wandern und Urlaub" von einem ehemaligen Unternehmersyndikus geleitet wird.

Damit die Aufgaben der Feierabendpolizei erfüllt werden konnten, wurden alle Ansätze eigener Freizeitgestaltung der deutschen Arbeiter zerstört. Die freien Arbeiterbildungsvereine und Arbeitersportvereine wurden zusammen mit den Gewerkschaften vernichtet, die Wandergruppen

die Singkreise und Tanzgruppen der Arbeiterjugend und der bürgerlichen Jugendbewegung, die freien Volkshochschulen, die Laienbühnen, die Heimatvereine, sie alle wurden vor die Wahl gestellt, sich gleichzuschalten und "Kraft durch Freude" einzugliedern oder aufgelöst zu werden. Viele dieser Vereinigungen fügten sich, sie setzten die alte Tätigkeit unter dem neuen Namen fort. Doch mit einem grundlegenden Unterschied: das Führerprinzip wurde eingeführt und an die Stelle freier Zusammenarbeit trat autoritärer Zwang. Nicht mehr freie Zusammenarbeit Gleichgesinnter ist das Ziel, sondern Zerstreuung, damit die Arbeiter nicht auf "dumme Gedanken" kommen, damit sie keine Zeit finden, sich mit Gleichgesinnten zu treffen. Am deutlichsten zeigt sich die Wirkung dieser Veränderung auch dem Aussenstehenden wohl beim Sport. Die Arbeiter-Sportorganisationen führten ihre Arbeit mit Hilfe Tausender ehrenamtlicher Sportleiter durch. "Kraft durch Freude" musste Turnlehrer anstellen, sie fand keine freiwilligen Helfer.

### Reisebüro für Bessersituierte.

(I.T.F.) Mehr Erfolg schienen die Nationalsozialisten zunächst mit der Ausfüllung des Weekends und vor allem

des Urlaubs durch von ihnen kontrollierte Veranstaltungen zu haben. Dr. Ley versprach "jedem Arbeiter jährlich eine Reise". Die Reisen, die allmählich zum Hauptinhalt der Organisation "Kraft durch Freude" wurden, sind auch erheblich verbilligt, sie werden von bessersituierten Angestellten und Beamten und vom Mittelstand geschätzt, für Arbeiter aber sind sie durchweg noch immer zu teuer und je stärker sich der Lohnabbau durchsetzte, je höher die Preise stiegen, desto seltener war es für einen Arbeiter möglich, auf eigene Kosten eine derartige Urlaubsreise zu machen. Im ersten Jahr, 1934, wurden für "Kraft Freude"-Reisen von Kommunen und Krankenkassen und von Unternehmern hohe Zuschüsse gezahlt, die z.T. für Freiplätze verwandt wurden. Als dann aber die öffentlichen Subventionen aus Geldmangel eingestellt wurden und die Unternehmer zurückhaltender wurden, ging der Prozentsatz der an den Reisen teilnehmenden Arbeiter noch weiter zurück. Nach allen vorliegenden Berichten nehmen Mittelstand und gehobene Angestellte und Beamte den grössten Teil der Plätze auf den "lohnenden" Reisen ein. Die wenigen wirklich billigen Reklame-Reisen, bei denen "Kraft durch Freude" einen erheblichen Zuschuss bewilligt, sind Arbeitern nicht allgemein zugänglich, bei ihnen herrscht eine ausgesprochene Günstlingswirtschaft. Für die jährlichen zwei Renommierreisen nach Madeira werden z. B. die Teilnehmer vom Unternehmer ausgesucht, an den Seereisen und Alpenfahrten nehmen vor allem nationalsozialistische Parteisekretäre und ihr Anhang teil. Gelegentlich werden Freiplätze für Arbeiter gestiftet. Aber selbst dann verzichten Arbeiter häufig auf die Teilnahme, denn sie haben bei den niedrigen Löhnen im Dritten Reich nicht einmal ein kleines Taschengeld für die Nebenausgaben. Uns es ist nicht jedermanns Sache, für sich, wie es von "Kraft durch Freude" als "Sozialismus der Tat" empfohlen wird, eine Teller-sammlung veranstalten zu lassen.

Für Erwerbslose stehen im allgemeinen überhaupt keine Freiplätze zur Verfügung. In der Kongressstadt Hamburg z.B. hängt zwar an einigen Stempelstellen ein Schild, dass Erwerbslose beim Wohlfahrtsamt Freikarten für "Kraft durch Freude"-Reisen beantragen können. In den letzten Monaten haben eine Reihe Erwerbslose Freikarten beantragt. Sie haben trotz mehrfacher Nachfrage überhaupt keine Antwort bekommen. Trotzdem wird "Kraft durch Freude" als Trost für den Lohndruck benutzt, wird den Arbeitern gesagt, dass die verbilligten - aber für sie meist unerschwinglichen - Reisen eine "Erhöhung der Kaufkraft des Lohnes" seien. (Im Juni 1936 in allen Organen der Arbeitsfront.) Aber jeder deutsche Arbeiter kann sich ausrechnen, dass eine Lohnerhöhung von nur wenigen Pfennigen die Stunde ihm eine weit höhere Summe zur freien Verfügung einbrächte und ihm auch eine grössere Urlaubsreise auf eigene Kosten gestatten würde. Aber "Kraft durch Freude" soll die Arbeiter ja gerade vom Kampf um ausreichenden Lohn abhalten. Auf der Ausstellung, die anlässlich des Kongresses in Hamburg veranstaltet wird, werden deshalb keine Lohntüten gezeigt werden. Denn dann würde deutlich werden: unter Hitler wurde die Kaufkraft des Nettolohnes um 20 - 25% gesenkt; die Arbeiter sollen sich mit gelegentlichen Freiplätzen in Urlaubszügen trösten.

## Bluff.

(I.T.F.) Auf dem Hamburger Hakenkreuzkongress wird das Reisebüro

"Kraft durch Freude" einen grossen Teil der Propagandaausstellung füllen. Aber es wird nicht gezeigt werden, wie der Reisebetrieb wirklich ist: dass bei Weekend-Fahrten immer häufiger lockende falsche Fahrtziele angegeben werden um die Züge zu füllen, dass die Urlaubsreisenden unterschreiben müssen: "Mir ist bekannt, dass ich keinen Anspruch habe, in einem bestimmten Ort untergebracht zu sein". Es wird nicht gezeigt werden, wie steigende Teilnehmerziffern zustande kommen; dass private Veranstaltungen von Firmen frech als Veranstaltungen von "Kraft durch Freude" ausgegeben werden, dass Fahrten mit der Berliner oder Hamburger Vorortbahn als "Urlaubsreisen" registriert werden, etc.

Dafür werden auf der Ausstellung in Hamburg 2 000 Photos schöner Fabrikräume gezeigt werden, als Beispiel für die Leistungen der Abteilung "Schönheit der Arbeit" der Vereinigung "Kraft durch Freude". Es können in Hamburg sogar "Musterbetriebe" besichtigt werden. Aber diese ganze ausgestellte "Schönheit der Arbeit" ist ein Bluff. Vier(!) Betriebsleiter haben sich bereit erklärt, schreibt die Tageszeitung der Arbeitsfront, "ihre Betriebe zum (!) Weltkongress als Musterbeispiele umzugestalten ("Der Angriff" Nr.149, 27. Juni). Das Hamburger Gaswerk, das zu diesen Betrieben gehört, zeigt ein Kameradschaftshaus, das die Summe von 220 000 RM gekostet haben soll. Besucher des Kongresses sollten sich typischere Stätten der Schönheit der Arbeit ansehen, etwa die Werft von Blohm und Voss oder die Toiletten am Arbeitsnachweis der Hafendarbeiter am Seegerplatz, bei denen jetzt die Türen der Zellen herausgenommen wurden, um jederzeit den Kontrolleuren Zugang zu gestatten. Vom Seegerplatz sollten sie zum Harvestehuder Weg, der Prunkstrasse an der Alster, gehen. In den Villen an der Alster wohnen Hamburgs Bankiers und Grosskaufleute und Hamburgs Nazibonzen. Dort können die Kongressbesucher erfahren, wem das Dritte Reich Kraft durch Freude brachte.

## "Bezahlter" Urlaub.

(I.T.F.) Die nationalsozialistische Presse berichtet stolz, dass eine

Reihe Grossbetriebe ihrer Belegschaft den "bezahlten" Urlaub verdoppelten. Die unter dem Protektorat des Grossindustriellen Thyssen erscheinende "Braune Wirtschaftspost" berichtet boshaft, warum es sich wirklich handelt:

"Es ist zum Beispiel für die Gefolgschaft eines Betriebes, dessen Saisonspitze im Frühjahr liegt, sicherlich sehr schön, wenn er im Sommer 14 Tage die Tore schliesst und damit die bisherige Urlaubszeit verdoppelt, was dann durch normal (!) bezahlte Mehrarbeit in der Saisonzeit wieder ausgeglichen wird. Was ist aber damit erreicht? Für die Gefolgschaft dieses einzelnen Betriebs zweifellos sehr erfreuliches und für die Unternehmer sicherlich eine beachtliche Kostenersparnis während der Dauer des Urlaubs". (Nr.46 vom 16. Mai 1936.) Die Unternehmer geben einen Vorschuss, der in der Saison abgearbeitet werden muss. Sie besparen Betriebsausgaben während der toten Zeit und bezahlen in der Saison keine Überstundenzuschläge. So "bezahlt" man Urlaub im Dritten Reich.

## "Volksgemeinschaft" im Dritten Reich.

(I.T.F.) "Der Ruhrarbeiter", das Organ der Arbeitsfront des Ruhrgebiets veröffentlicht folgenden Gespräch

zwischen deutschen Arbeitern:

"Mein Freund Jupp kommt mich besuchen. "Na", sagte ich zu ihm, "du machst ja so ein nachdenkliches Gesicht, ist dir eine Laus über die Leber gekrochen?"

"Ja, hör mal" antwortet er, "ich muss dir mal einige Sachen erzählen, und dann sag mir mal, was du davon hältst. Also pass mal auf: Ein Werk, ich will es dir näher bezeichnen, aber es ist ein Kohlen produzierendes, hat der Gefolgschaft bekanntgegeben, dass ein Gemeinschaftsausflug unternommen werden soll. An sich ist das sehr lobenswert, denn eine solche Fahrt festigt und vertieft die Kameradschaft, ist also ganz im Sinne des Führers. Aber, - nun kommt das grosse Aber -, die Gefolgschaft muss nämlich die Kosten der Fahrt, die etwas über 4 RM. je Person betragen, selbst tragen. Was ist nun die Folge? Ungefähr die Hälfte der Belegschaft ist infolge des knappen Verdienstes nicht in der Lage, sich an diesen Ausflug, der doch für alle sein soll, zu beteiligen. Statt einer Vertiefung der Kameradschaft wird man das genaue Gegenteil erreichen."

"Ja, hör mal Jupp, das ist doch schliesslich nicht Schuld des Betriebsführers, wenn ein Teil seiner Leute nicht mitmachen kann".

"So denkst du. Ich denke anders darüber.....Wenn es gilt die

die Leistung zu steigern, so hat man sehr schnell heraus, wie die Leistung eines jeden einzelnen verbessert und erhöht werden kann. Um die Leistungsfähigkeit des Geldbeutels der Gefolgschaftsmitglieder kümmert sich aber kein Deuwel."

"Für das Werk wird eben eine Lohnerhöhung untragbar sein, sonst.."

"Gott erhalte dir deinen kindlichen Glauben, mein Junge!"

"Ja, Jupp, tatsächlich, ich weiss doch nicht so recht, ob....."

"Ausreden lassen. Der Knalleffekt kommt noch. Das Werk ist nämlich mit mehreren anderen einem Verband angeschlossen und muss mit einem gewissen Prozentsatz seines Umsatzes dessen Unterhalt tragen. Die Beamten dieses Verbandes feiern auch Gemeinschaftsfeste und machen Ausflüge, aber obschon diese sehr wohl in der Lage sind, die Kosten selbst zu bestreiten, haben sie alles frei, und der Verband übernimmt sämtliche Unkosten."

"Hör mal, Jupp, dass ist doch gar nicht möglich."

"Und doch ist es Tatsache. Überhaupt, das sind doch olle Kamellen, dass das Pferd, welches den Hafer verdient, ihn nicht gekriegt hat." (Nr. 25 - 4. Juni-Ausgabe 1936.)

Wohlgemerkt, so schildert ein amtliches Organ der Deutschen Arbeitsfront die Meinung der Arbeiter über das "Dritte Reich der Volksgemeinschaft"!

#### Der Sumpf.

(I.T.F.) Im Dritten Reich wird jetzt ein Gesetz vorbereitet, durch das verhindert werden soll, dass vor Gericht der Wahrheitsbeweis für Korruption und Verbrechen der führenden Cliquen des Dritten Reiches erbracht werden kann. Der Strafrechtsentwurf sieht folgenden Passus vor: "Wer den Führer, die Reichsregierung, führende Persönlichkeiten der Bewegung, die Führung der Wehrmacht, herabsetzt, wird bestraft, ohne dass das Gericht in eine Erörterung des Sachverhalts eintreten darf" (zitiert nach Frankfurter Zeitung Nr. 315 vom 22. Juni). Auch wer mit Recht behauptet, dass führende Persönlichkeiten des Dritten Reiches morden lassen und stehlen, wird bestraft. Für die Diktatoren gilt kein Gesetz.

#### Hitlers Bonzenbauten.

(I.T.F.) Es fehlt im Dritten Reich an Wohnungen, aber Kasernen und Bonzenpaläste werden gebaut. In Berlin entsteht ein Prunkbau der NSDAP nach dem andern, in München, der Hauptstadt der nationalsozialistischen Bewegung, wird ein ganzes Bonzenpalast-Viertel erbaut, in Nürnberg, der Stadt der jährlichen Parteitagssparaden, werden riesige "Parteitagssbauten" errichtet, in Weimar entsteht das "mitteldeutsche München der NSDAP". Finanziert werden diese Prunkbauten aus Spenden der dankbaren Industriellen und aus Beiträgen, die den breiten Massen abgepresst werden. Auf die Methode, Arbeiter und Angestellte zu Spenden für die braunen Prunkbauten zu zwingen, sind die Nationalsozialisten besonders stolz. Der Parteikassierer Schwarz berichtete auf der Tagung der nationalsozialistischen Presse (am 26. Juni 1936): "Die Mittelbeschaffung für die Bauplanung des Führers erfolgt nicht aus der Beitragsleistung der Parteimitglieder, sondern durch die von mir organisierte Arbeitsbeschaffungsloschlotterie" (Völkischer Beobachter, 27. Juni, Nr. 179). Auf den Strassen, vor allem vor Grossbetrieben und Bürohäusern, werden diese "Arbeitsbeschaffungs"-Lose verkauft, in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen werden sie während der Arbeitszeit unter entsprechenden Drohungen vertrieben.

#### Die Finanzen der Deutschen Arbeitsfront.

(I.T.F.) Der Kassierer der Deutschen Arbeitsfront hat in der Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront (am 18. Juni 1936, Nr. 141) einige Mitteilungen über die Finanzen der Deutschen Arbeitsfront gemacht. Seine Angaben sind nicht kontrollierbar, die Arbeitsfront hat bis heute noch nicht ein einziges Mal offen Rechnung über ihre Finanzverhältnisse abgelegt und sie lässt, um auch nicht bei den zahlreichen Korruptionsfällen aussenstehenden Richtern Einblick gewähren zu müssen, ihre korrupten Kassierer durch besondere Arbeitsfrontgerichtshöfe aburteilen. Vor diesen Arbeitsfrontgerichtshöfen sind die Verhandlungen geheim, die Korruption kann vertuscht

werden, und es ist bis heute nicht bekannt geworden, ob die Korrupten überhaupt bestraft werden; eine Krähe hackt der andern kein Auge aus. In der Aufstellung des Kassierers der Arbeitsfront erscheinen weder die Verluste durch Unterschlagungen, noch die Millionensubvention an die NSDAP. Nach den Behauptungen ihres Kassierers nimmt die Arbeitsfront monatlich 27 Millionen RM an Beiträgen ein, im Jahre also 324 Millionen. Einnahmen aus Zinsen - z.B. aus dem gestohlenen Vermögen der Gewerkschaften - werden nicht angeführt. Die Zahl der Mitglieder wird mit 25 Millionen angegeben, doch wird nicht zwischen "korporativen" Mitgliedern und direkten Mitgliedern unterschieden. Etwa die Hälfte der angegebenen Mitgliedsziffer bezieht sich nämlich auf die Mitgliedschaft der korporativ angeschlossenen Gruppen. Für die korporativ angeschlossenen Mitglieder wird von ihren Verbänden ein bestimmter Prozentsatz in die Kasse der Arbeitsfront gezahlt. Dieser Prozentsatz ist bei den einzelnen Verbänden verschieden, ein Durchschnittsbeitrag lässt sich also nicht berechnen. Am 7. März 1935 hatte Dr. Ley die jährlichen Beitragseinnahmen der Arbeitsfront auf "ca. 300 Millionen" beziffert. Von diesen Beitragseinnahmen werden nach den Mitteilungen des Kassierers mindestens 41% für Verwaltungszwecke ausgegeben; 1935 waren es nach den Angaben Dr. Leys "nur" ca. 35%. Absolute Ziffern gibt der Kassierer der Arbeitsfront nicht an, nur Prozentsätze der Ausgaben "von den Millionenbeiträgen", die wirkliche Höhe der Ausgaben soll geheim bleiben.

Offiziell werden für "Verwaltung" und "laufende Anschaffungen" nach Angaben des Kassierers zwar nur 31% der Beitragseinnahmen verwendet, aber für Beratungsstellen, "weltanschauliche Schulung", Presse weitere 28% und dem Vergnügungsverein "Kraft durch Freude" wurden 6% der Beitragseinnahmen überwiesen. Auch der grösste Teil aller dieser Ausgaben wird für Verwaltungszwecke ausgegeben. Der Kassierer der Arbeitsfront hat vor einem Jahr (am 19. März 1935 im "Angriff") angegeben, dass die gesamten Ausgaben für Rechtsberatung als Verwaltungskosten zu betrachten sind. Wenn man aber selbst nur 25-30% dieser Ausgaben als Verwaltungskosten einsetzt, kommt man zu dem Ergebnis, dass mindestens 41% der Beiträge vom schwerfälligen Apparat der Arbeitsfront beansprucht wird.

Für Unterstützungszwecke werden angeblich 35% der Beitragseinnahmen ausgegeben, das wären 113 Millionen RM. Die freien Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften, die im Gegensatz zur Arbeitsfront für Schutz und Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen kämpften, zahlten (nach den letzten Jahresberichten) 1931 bei 4 1/2 Millionen Mitgliedern 117 Millionen RM an Unterstützungen aus. Aber die Arbeitsfront ist weder eine Gewerkschaft, noch ein "Unterstützungsverein", sie ist nur ein Institut zur Verbreitung gelber Ideen und zur Versorgung brauner Bonzen.

Es wird weiter  
vertröstet.

(I.T.F.) 14 Jahre schon ruiniert die faschistische Diktatur das italienische Volk, seit 10 Jahren besteht

"der korporative Staat" Mussolinis, aber noch immer haben die Faschisten für die Arbeiter nichts als Lohndruck und Vertröstungen. Als jetzt die Nachricht von den erfolgreichen Kämpfen der französischen Arbeiter trotz scharfer Zensur über die italienische Grenze drang, und die italienischen Arbeiter drängten, dass endlich nach dem "siegreichen abessinischen Feldzug" Schluss mit dem Lohnabbau gemacht würde, wusste der Leiter der Mailänder faschistischen Arbeiterorganisationen nichts Besseres zur Beruhigung zu erklären, als: "Die italienischen Arbeiter, die jetzt, wenigstens in vielen Gruppen, eine Periode ernster Selbstbesinnung durchmachen, wissen, dass ihre gerechten Forderungen auf Verbesserung (ihrer Lage) zeitweilig" - nun schon 14 Jahre! - "aufgeschoben worden sind. Aber sie verfügen über eine mächtige Organisation, durch die sie ihre Forderungen verwirklichen können, sobald die Umstände das erwünscht erscheinen lassen" (Popolo d'Italia, 20. Juni).

Seit 14 Jahren lassen "die Umstände" der Diktatur Lohndruck erwünscht erscheinen. Seit 10 Jahren wagen die "mächtigen" Korporationen kein Eingreifen zum Schutz der Arbeiter, sie haben für die Mitglieder nur Vertröstungen. Es soll auch im "Kaiserreich" Italien so weitergehen.

### "Dienstvergehen".

(I.T.F.) Die Direktion der Strassenbahnen in der österreichischen Stadt Linz gab den Entwurf einer neuen Dienstordnung bekannt, der folgenden, für die Verhältnisse in der "christlichen Diktatur" charakteristischen Paragraphen enthält: "Eheschliessung. Sämtliche Bedienstete, welche eine Ehe einzugehen beabsichtigen, haben dies vorher der Direktion zu melden, um sich die Zustimmung zu derselben von der Direktion zu sichern. Die Gesellschaft behält sich vor, die Zustimmung zu verweigern, wenn dagegen begründete Bedenken bestehen. Weiblichen Bediensteten wird in Zukunft die Zustimmung zur Eingehung einer Ehe überhaupt verweigert. Das Eingehen einer Lebensgemeinschaft ist ein Dienstvergehen, das die sofortige Entlassung zur Folge hat".

### "Betriebsvertreter".

(I.T.F.) Der von der "christlichen Diktatur" ernannte Präsident der österreichischen faschistischen Einheitsgewerkschaft hat einen neuen Vorstand der ihm angeschlossenen "Gewerkschaft der Arbeiter im Handel und Verkehr" ernannt, dem auch Arbeiter angehören, die noch in Betrieben tätig sind. Von diesen "Betriebsvertretern" wollen aber die Belegschaften genau so wenig wissen wie von der faschistischen Bürokratie.

Für die Bediensteten des Wiener Warenhauses Gerngross wurde z.B. in den Vorstand eine Frau Bazala berufen. Diese Dame ist in der Belegschaft als eine hinterlistige Denunziantin bekannt, sie wird deshalb selbst von ihren eigenen Gesinnungsgenossen gemieden. In zwei von der Einheitsgewerkschaft einberufenen Betriebsversammlungen protestierte (am 9. und 12. Juni) die Belegschaft gegen diese "Vertretung", doch der neuernannte "Gewerkschaftsobmann" erklärte, die Meinung der bei Gerngross beschäftigten Mitglieder interessiere ihn nicht. In den Vorstand werde berufen, wenn er und der Präsident des Gewerkschaftsbundes bestimmten.

Die Arbeiter haben Beiträge zu zahlen und den Mund zu halten.

Das ist die "autoritäre Demokratie" der "christlichen Diktatoren".

### Berichtigung.

(I.T.F.) In "Faschismus" Nr.13, Seite 124, sind im letzten Satz des Berichts über die Vorgänge in der österreichischen faschistischen "Gewerkschaft der Arbeiter in der Lebens- und Genussmittelindustrie" versehentlich drei Worte fortgefallen. Der letzte Satz muss richtig heissen: "Er versucht mit allen Mitteln, die Summen, die die von den christlichen Diktatoren zerstörte österreichische freie Lebensmittelarbeitergewerkschaft rechtzeitig ihrem internationalen Berufssekretariat übergeben hatte...."

### Furcht vor den Illegalen.

(I.T.F.) Die österreichischen Diktatoren versuchen mit allen Mitteln die Arbeiter in die faschistische Einheitsgewerkschaft zu pressen. In ihrer nervösen Furcht vor den Illegalen aber lösen sie gleichzeitig Sektionen der Einheitsgewerkschaft auf.

Die Jugendabteilung der österreichischen faschistischen "Gewerkschaft der Arbeiter in der Lebens- und Genussmittelindustrie" wurde aufgelöst und der Jugendsekretär entlassen; die Polizei behauptet, die von der faschistischen Gewerkschaft organisierten Jungarbeiter hatten Propaganda für die illegale freie Gewerkschaft gemacht.

Die österreichische faschistische "Gewerkschaft der Arbeiter in der Textil- und Bekleidungsindustrie" hat in den letzten Wochen gleich 3 Ortsgruppen auflösen müssen; die Polizei behauptet, dass sich Vorstandsmitglieder der betreffenden Ortsgruppen für die illegale freie Gewerkschaft der Bekleidungsarbeiter eingesetzt hatten.

-----



DIE TRANSPORTARBEITER UNTER DEM FASCHISMUS.Eisenbahner, wie lange noch?

(I.T.F.) Ein Flugblatt, das die der Internationalen Transportarbeiter-

föderation angeschlossene illegale freie Gewerkschaft der österreichischen Eisenbahner, Verkehrs- und Transportarbeiter in Österreich verbreitet, schildert die Lage der Eisenbahner unter dem Krukenkreuz:

"Eisenbahner, wie lange noch sollen wir rechtlose Sklaven in der Hand rüpelhafter Vorgesetzter sein? Wie lange noch sollen wir uns die Schimpfereien vaterländisch getarnter Nazivorstände gefallen lassen? Wie lange noch sollen Ausdrücke wie "Pülcher" ("Gauner") und "Gesindel" der normale Ton im Verkehr zwischen Vorgesetzten und Untergebenen sein?

Wie lange noch soll das Disziplinarstandrecht gegen die Eisenbahner aufrecht bleiben? Zweieinhalb Jahre nach dem Februar 1934 können die Disziplinarstrafrichter in der Generaldirektion jederzeit jedem Eisenbahner mit inappellablem Urteil seine erworbenen Rechte, jedem Pensionär seine Pension wegnehmen. Wie lange noch sollen die Gemassregelten und ihre unglücklichen Familien auf die Wiedergutmachung der schändlichen Disziplinarurteile warten? Dutzendmal haben die Herren von der faschistischen "Kameradschaft" Wirtschaftsamnestie verheissen-- kein einziges ihrer Versprechen haben sie gehalten! Wie lange noch sollen die Eisenbahner am schlechtesten unter allen öffentlichen Angestellten behandelt werden? Das Gesetz über die Beförderungssperre wurde für alle öffentlichen Angestellten aufgehoben, aber das Stillhaltejahr für die Eisenbahner bleibt bestehen! Wenn bei den Bundesbahnen ein Posten frei wird, auf den ein unterer Bediensteter befördert werden könnte, dann wird der Posten sofort "herunternummeriert", damit der kleine Mann nicht mehr Gehalt bekommt!

Wie lange noch soll die unmenschliche Antreiberei weiterdauern? Ein grosser Teil der Bediensteten hat Diensterteilungen, bei denen es während des ganzen Jahres nicht einen einzigen freien Tag gibt! Auf den grossen Befehlsbahnhöfen gibt es Dienstturnusse, bei denen es regelmässig ununterbrochenen 16stündigen Dienst gibt! Vom Achtstundentag ist nicht einmal der schäbigste Rest geblieben. Turnusdienst mit dienstfreien Schichten gibt es überhaupt nicht mehr. Wie lange noch soll der Skandal dauern, dass es nicht einmal eine Freischicht im Monat gibt?

Bei diesem System gehen die Eisenbahner zugrunde!"

Die Schuld der Reichsbahn.

(I.T.F.) Am Weihnachtsabend 1935 fuhr in Mitteldeutschland ein D-Zug in voller Fahrt auf einen Personenzug.

Die I.T.F. hatte sofort die Ursache des Unglücks festgestellt: dem Lokomotivführer war ein ungeschulter Heizer beigegeben worden. Im Prozess wurde diese Meldung bestätigt und zugegeben, dass die Schuld an dem Unglück die nationalsozialistische Personalpolitik der Deutsche Reichsbahn trifft. Trotzdem wurden die Führer der beiden D-Zuglokomotiven zu 15 bzw. 7 Monaten Gefängnis verurteilt.

Das Gericht bestätigte, dass der Führer der Vorspannlokomotive "sich zuerst geweigert hatte, den Heizer, den er für nicht genügend ausgebildet gehalten, auf diese Maschine zu nehmen; dann, dass er den Heizer, der nicht zum Dienst auf Schnellzügen berechtigt gewesen sei, in seinem Dienstleister bei der Arbeit unterstützt habe" (Frankfurter Zeitung vom 27. Juni), da der Ausbildungsheizer den Dampf nicht hoch genug bekam. Durch diese Überlastung konnte er nicht auf das Vorsignal achten und bremste zu spät. Das Gericht bestätigte damit die Schuld der Reichsbahn an dem Unglück. Dass trotzdem die Lokomotivführer verurteilt wurden, zeigt dass es im Dritten Reich für Eisenbahner kein Recht mehr gibt.

Unter dem Existenzminimum.

(I.T.F.) Das Danziger statistische

Landesamt hat (am 24. August 1935) festgestellt, dass der "notdürftige Unterhaltsbedarf" für eine vierköpfige Familie im Monat 186,20 Danziger Gulden beträgt. (Danziger Juristenzeitung vom 15. Mai 1936.) Ein Danziger Eisenbahnarbeiter (Lohngruppe VI, Frau und drei Kinder) verdient aber monatlich nur (brutto) 170,72 Danziger Gulden. Er bleibt also mit rund 16 Gulden unter dem vom nationalsozialistischen statistischen Landesamt ermittelten notdürftigen (!) Existenzminimum. Ein Rottenarbeiter verdient monatlich 168,96 Danziger Gulden, also 17 Gulden unter dem Existenzminimum. Am 2. Mai 1935 hat der nationalsozialistische Senat den Danziger Gulden um 43% abgewertet, aber jeden Teuergausgleich verboten. Jetzt hungern die Eisenbahner unter dem Hakenkreuz.